Wie die heimischen Parteien und Wählergemeinschaften auf die drohende Schließung reagieren

Stellungnahmen von Die Linke, SPD, Grüne, CDU, Die Iserlohner und Die blaue Partei. Bislang keine Erklärung der UWG-Piraten

DIE LINKE. Die Kreistagsfraktion der Linken spricht sich gegen die geplante Schließung des Marienhospitals in Letmathe aus und will im Kreistag dagegen stimmen.

Die Wurzeln für die Probleme kleiner Klinikstandorte liegen aus Sicht der Linken in der Bundes- und Landespolitik von CDU, SPD und FDP. Anforderungen würden steigen, die Kommunen mit Investitionen allein gelassen.

„Der Skandal ist, dass Bund und Land aus dem Krankenhaus-Strukturfonds nur dann Millionen an die Kommunen auszahlen, wenn die Krankenhäuser geschlossen werden“, erklärt Manuel Huff, Vorsitzender der Fraktion im Kreistag. Die durch CDU, SPD und FDP gesetzten politischen Rahmenbedingungen hätten ein konkretes Ziel: Kleine Krankenhäuser zu schließen. Zum sogenannten Umbau der Krankenhauslandschaft würden bis zu 90 Prozent der Schließungskosten erstattet. Das seien beim Marienhospital bis zu 20 Millionen Euro. Notwendige Investitionen müssten dagegen von den Klinikbetreibern selbst getragen werden.

SPD Die SPD Letmathe hat mit großer Bestürzung und Betroffenheit die Pläne zur Schließung des Marienhospitals zur Kenntnis genommen. Die Schließung des traditionsreichen Krankenhauses ohne jegliche Kommunikation mit der Bevölkerung und der Politik ist ein Affront gegenüber der Stadt Iserlohn, der Bevölkerung und den Beschäftigten, die sich schon 1996 für den Erhalt des Krankenhauses eingesetzt haben. Damit ist die Grundversorgung in der Umgebung stark gefährdet. Waren die Streichung des Rettungsdienstes und die Schließung einer Station der Anfang, um das Hospital unrentabel zu machen?

Die Affinität des Landrates bei öffentlichen Auftritten in Letmathe hätten wir uns gewünscht mit der Letmather Bevölkerung, mit ihr darüber zu sprechen und nicht die Schaffung vollendeter Tatsachen. Wir werden mit aller Macht für die Erhaltung des Marienhospital eintreten und hoffen auf Unterstützung der Letmather Bevölkerung.

Die SPD steht für ein breites, umfassendes Bündnis, wie im Jahr 1996, bereit!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Die Kreistagsfraktion der Grünen hat sich in ihrer Fraktionssitzung bis auf weiteres gegen eine Schließung ausgesprochen. Die vorgelegten Zahlen und die Begründung der Verwaltung des Kreises sowie der Geschäftsführung der Märkischen Kliniken machen aus Grünen-Sicht eine Überprüfung notwendig. So hätten ähnliche Wirtschaftsergebnisse der Standorte Werdohl und Letmathe zu unterschiedlichen Bewertungen geführt. Auch fehlende Betten durch die Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen in Letmathe würden als Belastungen auch über 2022 hinaus berechnet. Die Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion, Renate Oehmke, erläutert: „Uns fehlt der Nachweis über wirkungsvolle Bemühungen, um die Situation im Krankenhaus wieder positiv darstellen zu können. Weiter werden wir konkret beantragen, den Beschluss zur Schließung auszusetzen. Auch sollen die Ergebnisse der Verhandlungen mit den anderen Iserlohner Kliniken zur Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums am Standort Letmathe abgewartet werden.

CDU Die CDU-Fraktion im Rat wendet sich wegen der drohenden Schließung des Marienhospitals an den Arbeitskreis der Gesundheitsversorgung. Adressiert an die Vorsitzende, Heike Cordes, schreibt der CDU-Fraktionsvorsitzende Fabian Tigges: „Die CDU-Fraktion bittet Sie, in Anbetracht der aktuellen Entwicklung (…), eine Sondersitzung des Arbeitskreises Gesundheitsversorgung einzuberufen.“

Diese müsse kurzfristig und noch vor der Sitzung des Kreistages am 27. Juni stattfinden, wenn dort über die Beschlussvorlage der Geschäftsführung der Märkischen Kliniken entschieden wird. „Für die CDU ist es wichtig, dass bei dieser Angelegenheit interfraktionell ein deutliches Signal in Richtung Kreis ausgeht, dass die Iserlohner Politik hinter dem Marienhospital Letmathe steht“, wirbt die Iserlohner CDU für einen Schulterschluss in der Lokalpolitik, um der Haltung auf Kreisebene etwas entgegenzusetzen. Die CDU hatte schon am Mittwoch entsetzt auf die Entscheidung des Aufsichtsrates der Betreibergesellschaft reagiert.

DIE ISERLOHNER Mit großer Bestürzung haben Die Iserlohner die Meldung vernommen. Es ist völlig unverständlich, dass dieses Krankenhaus aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden soll, obwohl 2010 bis 2017 noch ein erheblicher Überschuss erwirtschaftet wurde. Insbesondere die hochqualifizierte Schmerztherapie ist überregional von Bedeutung. Nun sollen ein aktuelles Defizit und eine negative Prognose als Grund herhalten, um zu schließen? Ein Defizit, das nicht zuletzt auch durch Investitionen in Brandschutz und Renovierungsmaßnahmen und nicht ausschließlich durch das operative Geschäft entstanden ist. Sinkende Belegungszahlen bei durch Baumaßnahmen und Personalmangel geschlossenen Abteilungen sind als Argument nicht stichhaltig. Hinzu kommen landespolitisch finanzielle Anreize zur Schließung, statt ausreichender Finanzierung auch kleinerer Krankenhäuser. Grundsätzlich muss man aber auch fragen, ob die vom Kreis beschriebenen negativen Prognosen für das Letmather Haus nicht zuallererst Managementfehler offenbaren.

Die blaue Partei Nichts anderes als eine geplatzte Bombe war wohl für die Letmather die Meldung des Märkischen Kreises, in der die Schließung des Marienhospitals bekanntgegeben wurde. Erwartungsgemäß wurden als Gründe – wie so oft in diesen Fällen – die Kostenstruktur, sich verändernde Abläufe in Behandlungspraktiken sowie der sich auch in Letmathe bemerkbar machende Fachkräftemangel genannt. Dazu Fraktionsvorsitzender Alexander Langguth in einer ersten Stellungnahme: „Jetzt ist ganz klar der Märkische Kreis als Träger der Klinik gefragt, denn die Mehrheit des Aufsichtsrates hat sich für die Schließung dieser für Letmathe so wichtigen Einrichtung ausgesprochen. In der Sitzung des Kreistages am 27. Juni geht es nunmehr darum, die untragbare Entscheidung zu stoppen.“

Mit Frank Neppe MdL ist auch ein Abgeordneter der Blauen Partei im Kreistag vertreten: „Ich werde dort in keinem Falle einer Schließung zustimmen und die Geschäftsführung der Märkischen Kliniken mit der Einleitung der erforderlichen Maßnahmen beauftragen.“